

Bundesrat diskutiert über umstrittene Ruag-Chefin

- 21.05.2023
- NZZ am Sonntag
- Simon Marti

Nun beschäftigt sich die Regierung mit Brigitte Becks Aussagen zur Waffenfrage. SVP-Exponenten fordern ihren Rücktritt. Es geschieht nicht häufig, dass Chefs von Betrieben in Bundesbesitz die Politik ebendieses Bundes öffentlich infrage stellen. Brigitte Beck, Chefin des Rüstungskonzerns Ruag, hat aber genau das getan. Und das ausgerechnet in der derzeit umstrittensten politischen Frage, jener nach der Weitergabe von Schweizer Waffen an die Ukraine.

Deutschland, Dänemark und Spanien wollen seit Monaten Waffen und Munition aus Schweizer Produktion nach Kiew liefern. Bern verweigert seine Zustimmung und verweist auf die Neutralität und das erst jüngst verschärfte Kriegsmaterialgesetz. Im Widerspruch dazu hat Beck auf einem Podium erklärt, dass diese Staaten die Schweizer Waffen trotzdem schicken sollten, abgelehnte Gesuche hin oder her. «Deutschland oder Spanien: Liefert doch dieses Zeug in die Ukraine», sagte Beck. «Was würden wir tun?», fragte sie rhetorisch.

«Nichts.» Das berichteten die Zeitungen von CH Media. Zuvor schon war publik geworden, dass Beck ein Interview mit demselben Verlag zurückgezogen hatte, nachdem sie sich im Gespräch mit den Journalisten ebenfalls pointiert geäußert hatte. Im Wirtschaftsdepartement von SVP-Bundesrat Guy Parmelin, dessen Leute die Gesuche aus dem Ausland regelmässig beantworten müssen und dafür ebenso regelmässig an den Pranger gestellt werden, war man über Becks Aufforderungen gar nicht glücklich. Das machte Parmelin an der Fraktionssitzung seiner Partei am Freitag vor einer Woche deutlich.

Heftig sei es zu und her gegangen, als man auf die Ruag-Chefin zu sprechen kam, sagt ein SVP-Parlamentarier. Wie mehrere Teilnehmer berichten, habe Parmelin erklärt, dass der Gesamtbundesrat Becks Auftritt diskutieren müsse. Der Wirtschaftsminister habe auch durchblicken lassen, dass er den Leuten in seinem Departement Ähnliches kaum durchgehen Hesse. «Zur Fraktionssitzung äussern wir uns nicht und kommentieren auch keine Aussagen daraus», richtet Mediensprecher Urs Wiedmer aus. Was Parmelin seinen Parteifreunden nicht mitteilte: Der Bundesrat hatte bereits zuvor gemäss gut unterrichteten Quellen ein erstes Mal über die Ruag-Chefin diskutiert.

Gesprächsstoff ist ausreichend vorhanden: Während eine Mehrheit im Gremium am Verbot einer Weitergabe festhält und argwöhnisch beobachtet, wie das Parlament noch immer versucht, dieses Verbot auszuhebeln, lässt Verteidigungsministerin Viola Amherd keine Zweifel daran aufkommen, dass sie die Position ihrer Kollegen nicht teilt. Die Ruag und ihre Chefin fallen in ihre Zuständigkeit. Ihre Rückendeckung ist für Beck entscheidend. Amherd, und mit ihr der Gesamtbundesrat, warten nun die Ergebnisse einer internen Untersuchung der Ruag ab, die der Verwaltungsrat der Firma in Aussicht gestellt hat. Die SVP muss auf gar nichts warten, sie setzt Druck auf.

Praktisch, dass die Partei gerade die Präsidien der Sicherheitspolitischen Kommissionen (SIK) stellt. In der SIK des Ständerates musste sich Amherd letzte Woche den kritischen Fragen stellen, die Kommission des Nationalrates folgt im Juni. Für manch einen sind die Meinungen schon gemacht. Wer wie Beck der «aktuellen Haltung des Bundesrates so in den Rücken fällt», sei nicht länger zu halten, sagt SVP-Sicherheitspolitiker Thomas Hurter. «In einer solchen Position sollte man sich dessen bewusst sein», findet der Schaffhauser Nationalrat.

Brigitte Beck ist seit vergangener Woche nicht zu erreichen. Ferienhalber, wie die Ruag

ausrichtete. Diese Woche Hess das Unternehmen die Frage, ob sie in der Zwischenzeit wieder in ihr Büro zurückgekehrt sei, unbeantwortet. Ruag-Chefin Brigitte Beck..